



## Antrag

Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag sieht die neuen ab 1. Januar 2013 geltenden Tarife der GEMA mit Sorge. Ungeachtet der aktuellen Diskussion über die Bedeutung des Urheberrechts im digitalen Zeitalter, müssen die Interessen aller betroffenen Gruppen, insbesondere der Musik- und Festveranstalter, der Clubbetreiber, der Betreiber von Musikkneipen sowie der ehrenamtlich Tätigen und Vereine, weiterhin geschützt werden.

Die Landesregierung wird gebeten,

1. mit der Schiedsstelle beim Deutschen Patent- und Markenamt den Austausch zu suchen und diese darauf hinzuweisen, dass sie im Rahmen des Schiedsverfahrens hinsichtlich der neuen GEMA-Tarifstruktur die berechtigten Interessen aller Beteiligten ausreichend gewichten möge,
2. die GEMA aufzufordern in Hinblick auf die Ausgestaltung ihres Tarifsystems
  - a) die wirtschaftliche Betätigung von Musik- und Festveranstaltern sowie Clubbetreibern und Betreibern von Musikkneipen nicht in der Weise zu beeinträchtigen, dass eine wirtschaftliche Betätigung nicht oder kaum noch möglich ist,
  - b) die finanziellen Rahmenbedingungen für ehrenamtlich Tätige und Vereine zu verbessern, indem u. a. Rabattsysteme sowie eventuelle Freistellungsregelungen bei Veranstaltungen für gemeinnützige Zwecke etabliert werden,
  - c) insgesamt transparente und gerechte Tarif-Regelungen für alle GEMA-Vertragspartner zu finden.

## **Begründung**

Durch das neue Tarifsysteem der GEMA werden Organisatoren von Musikveranstaltungen vor große wirtschaftliche Probleme gestellt. Die Veränderungen am Tarifsysteem erschweren die wirtschaftliche Betätigung erheblich, zahlreiche Arbeitsplätze könnten gefährdet werden. Veranstalter und Clubbetreiber sind angewiesen auf ein ausgewogenes GEMA-Tarifsysteem, was ebenso die berechtigten Interessen der Kulturschaffenden wie eben auch der Clubs berücksichtigen muss. Anderenfalls ist mit erheblichen Problemen für das Veranstaltungsangebot in Sachsen-Anhalt zu rechnen.

Das bei der Schiedsstelle beim Deutschen Patent- und Markenamt anhängige Schiedsverfahren muss im Ergebnis zu substantziellen Veränderungen der geplanten Tarifstruktur führen.

Den Antragstellern ist bewusst, dass die GEMA ihrem Vereinszweck nach die Interessen der Inhalte-Schaffenden vertreten muss. Dazu bedarf es jedoch eines fairen Ausgleichs mit allen weiteren Kulturschaffenden und Veranstaltern. Die Tarifveränderungen dürfen nicht dazu führen, dass Musikveranstalter bzw. Clubbetreiber in ihrer Existenz bedroht werden. Beim neuen Tarifsysteem sollten insbesondere auch die Interessen der ehrenamtlich Tätigen und der Vereine sowie kommunaler Veranstaltungen stärkere Berücksichtigung finden. Hier ist ein sinnvoller Interessenausgleich zwingend notwendig.

André Schröder  
Fraktionsvorsitzender CDU

Wulf Gallert  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Katrin Budde  
Fraktionsvorsitzende SPD

Prof. Dr. Claudia Dalbert  
Fraktionsvorsitzende  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN